

5. Ordentlicher Gewerkschaftskongress

Mittwoch, 16. Oktober 2013

Grundsatzreferat

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

Nachhaltigkeit

Investition

Fortschritt

Der gewerkschaftliche Dreiklang

- **für eine ausgewogene Entwicklung**
- **für eine bessere Zukunft**
- **für ein chancenreiches Leben**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt viele Gründe, durchaus optimistisch auf unser Land zu blicken, denn: im internationalen Vergleich steht Deutschland heute sicherlich gut da.

Dafür sprechen vier erfreuliche Entwicklungen:

- Wir haben **Wachstum**, und das schon seit vier Jahren.
- Unsere Wirtschaft stützt sich auf eine wettbewerbsfähige **Industrie** und auf leistungsstarke **Belegschaften**.
- Die **Beschäftigung** steigt und die **Arbeitslosigkeit** ist gesunken.
- Alles zusammen führt zu **Steuereinnahmen** auf Rekordniveau.

Kaum eines der westlichen Industrieländer kann heute eine ähnlich positive Bilanz ziehen.

Das ist so, und das verdient auch ausgesprochen zu werden.

Bei aller **berechtigten Kritik**, die wir aus Arbeitnehmersicht immer geäußert haben, bleibt doch festzustellen:

Uns geht es ziemlich gut, gerade wenn man auf den Rest der Welt schaut.

Wir sollten uns allerdings vor Selbstzufriedenheit hüten.

Denn **Deutschland lebt von der Substanz** und bleibt unter seinen Möglichkeiten!.

Die Stärken, auf denen die Erfolge beruhen und die unser Land auszeichnen, diese Stärken schwinden – weil wir viel zu wenig dafür tun, um sie zu bewahren und um sie weiter zu entwickeln.

Es ist sehr beunruhigend, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht angemessen auf dieses Defizit reagieren.

Man freut sich ob der aktuellen Erfolge und lässt außer Acht, dass wir in Deutschland gleichzeitig dabei sind, Zukunft zu verspielen.

Unser IG BCE ist nicht bereit, sich dem verbreiteten Wohlgefühl anzuschließen.

Denn es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es sind unsere Mitglieder, die solche Defizite mit dem Verlust an realen Arbeits- und Lebenschancen bezahlen.

Dazu drei Beispiele:

1. Die sinkende **Investitionsquote in Staat und Unternehmen**.
2. Das mittelmäßige **Bildungswesen** in einem Land, wo ständig Höchstleistung gefordert ist.

3. Die zerbröselnde **Wirtschafts- und Sozialordnung**, die doch die Basis unserer Erfolge ist.

Zum ersten Punkt:

Im langfristigen Trend fällt die gesamtwirtschaftliche **Investitionsquote** schon seit den 70er Jahren.

Von damals 23 Prozent ist sie zur Jahrtausendwende auf 20 Prozent abgesackt und liegt jetzt bei nur noch mageren 17 Prozent.

Zum einen investiert der deutsche Staat im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung deutlich weniger als der Durchschnitt der EU-Staaten.

Wollten wir nur auf dieses Niveau aufschließen, dann müssten Bund, Länder und Gemeinden jährlich 25 bis 30 Milliarden Euro mehr ausgeben, unter anderem für Schulen und Verkehrswege.

Zum anderen brauchen wir in Deutschland künftig wieder deutlich mehr Investitionen in die Standorte der Industrie.

Wir erwarten, dass die Unternehmen, die hierzulande die guten Gewinne erzielen, nicht nur in Ersatz, sondern stärker in Erweiterung investieren, in neue Produktionslinien und in Produktinnovation.

Das schafft in unserer High-Tech-Ökonomie langfristig stabilen Wohlstand.

Schon heute kostet uns die Investitionsschwäche nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung jährlich ein Prozent Wachstum.

Anders ausgedrückt:

Wir bleiben deutlich unter unseren Möglichkeiten wirtschaftlicher Dynamik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie die Investitionsschwäche gefährden auch die Schwächen des Bildungssystems die mittel- und langfristigen Chancen unseres Landes.

In jedem Pisa-Test wird Deutschland Mittelmaß bescheinigt.

Seit Jahren verlassen zehn Prozent aller jungen Menschen die Schule ohne Abschluss.

Immer noch sind 1,4 Millionen Frauen und Männer unter 25 Jahren ohne Berufsausbildung.

Die Bildungs- und Berufschancen sind extrem ungerecht verteilt. Dass viele Menschen auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, das ist Ergebnis eines Bildungssystems, das nicht auf fördern, sondern auf aussieben angelegt ist.

Die **Klassengesellschaft** im **Klassenzimmer**,

das ist ein unerträglicher Verstoß gegen das Prinzip der Chancengleichheit, das ist ein beschämender gesellschaftlicher Skandal, **Kolleginnen und Kollegen**.

Es wäre durchaus leistbar, das zu ändern.

Zehn Milliarden reichen, beispielsweise

- um die vorschulische Bildung zu verbessern.
- um mit zusätzlichem Personal so genannte Risikoschüler besser zu betreuen.
- um ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen zu schaffen.

Hierfür sollten die Mittel bereit stehen, statt sie beim Betreuungsgeld zu vergeuden.

Nun,

Kolleginnen und Kollegen,

zum dritten Beispiel mangelhafter Zukunftsvorsorge, das uns große Sorgen bereitet.

Es ist das Fundament unserer wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Ordnung, das an Tragkraft verliert.

Das ist umso unverständlicher, da wir doch gerade erst in der großen Krise die systemischen Vorteile einer **Sozialen Marktwirtschaft** erlebt haben.

Das Lob einer verantwortungsvollen Mitgestaltung durch Betriebsräte und Gewerkschaften steht in einem krassen Widerspruch zu dem strukturellen Verlust eben dieser Gestaltungsmöglichkeiten.

Seinen Ausdruck findet das vor allem in der abnehmenden Tarifbindung in vielen Wirtschaftszweigen und der beschädigten Tarifeinheit.

Ich habe schon am Sonntag gesagt: Wo wir nicht sind, da ist nichts besser, aber vieles schlechter geregelt.

Das betrifft nicht nur die Menschen, die sich zunehmend in Formen prekärer Beschäftigung gedrängt sehen. Das gilt auch für unser Land als ganzes.

Deutschland könnte stolz war auf seine breite gesellschaftliche Mitte.

Soziale Stabilität und sozialer Ausgleich sind eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Heute wird unser Land aber durch eine zunehmende Polarisierung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen gekennzeichnet. Laut Bundesbank gehören den reichsten zehn Prozent der Haushalte rund 60 Prozent der Vermögen.

Die Spitzeneinkommen legen weiter zu, auf der anderen Seite sind rund 15 Prozent der Deutschen von Armut bedroht.

Die soziale Schere öffnet sich, die Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land wird größer.

Wir müssen diese Schere wieder schließen. Erst eine breite Mitte macht unser Land stark und stabil und
Die Extreme schwächen es, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unser Land braucht dringend einen neuen Aufbruch.

Einen Aufbruch mit wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen **Strategien zur Zukunftsgestaltung**.

Es ist **ZEIT, WEITER ZU DENKEN**.

Was konkret zu tun wäre, insbesondere auch von der neu zu bildenden Bundesregierung, dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Zuvor ist es aber notwendig, sich noch einmal der großen Herausforderungen zu vergegenwärtigen, die sich unserer gewerkschaftlichen Arbeit stellen.

Lasst uns einen Blick auf die Entwicklungen werfen, die für uns von besonderer Bedeutung sind.

- Die fortschreitende **Globalisierung** bietet durchaus Chancen.
- Insbesondere unsere exportstarke Industrie profitiert vom Wachstum der Weltwirtschaft.
Zeitgleich wächst aber der Wettbewerbsdruck, und auch das Veränderungs-
tempo auf den Weltmärkten nimmt zu.

Umso problematischer ist es, dass nach wie vor Mechanismen zur fairen Regulierung und sozialen Gestaltung der globalen Wirtschaftssysteme fehlen.

Das kontinentaleuropäische Modell aktiver Sozialstaaten und einer stärker geregelten Marktwirtschaft steht in harter Konkurrenz:

- zum chinesischen Modell einer staatlich gelenkten Marktwirtschaft.
- zum anglo-amerikanischen Modell einer sozial bindungslosen Marktwirtschaft.
- Und noch am Montag haben wir aus erster Hand gehört, wie es in anderen Ländern zugeht, wie schlecht es da um Menschen- und Gewerkschaftsrechte bestellt ist.

Generell gilt:

Die deutschen und europäischen Standards zur Bändigung einer Wettbewerbswirtschaft und zur Teilhabe an ihren Erfolgen werden sich nicht ohne unser aktives Mitwirken weiter entwickeln.

- Zu den großen Herausforderungen zählt ebenso die **europäische Krise**, die keineswegs beendet ist.

Wir haben das Sonntag ausführlich behandelt.

Die staatliche Verschuldung in Südeuropa bleibt hoch, das Wachstum schwach.

Die einseitige Sparpolitik verlängert und vertieft die Krise.

Sie gefährdet die europäische Integration, damit auch die Selbstbehauptung Europas in Zeiten der Globalisierung.

Kurz:

Wir brauchen dringend ein Investitions- und Wachstumsprogramm zur Trendwende in Europa.

- Unberechenbar und **krisenanfällig** sind immer noch die **Finanzmärkte**.

Die Hälfte aller Transaktionen wird mittlerweile über so genannte Schattenbanken abgewickelt, die gar nicht von dem internationalen Kontroll- und Regelwerk erfasst sind.

Schon allein deshalb ist eine Wiederholung der Krise von 2008/2009 nicht ausgeschlossen.

Es bleibt eine Aufgabe ersten Ranges, die extrem spekulativen und überdimensionierten Finanzmärkte zu zähmen.

Renditeerwartungen, die abgekoppelt sind von längerfristigen realwirtschaftlichen Entwicklungen, sind und bleiben Glücksspiel.

Hier ist mutige Politik gefordert.

- Unbeantwortet ist bislang auch die Frage, wie wir die **Lebensgrundlagen** für die wachsende Weltbevölkerung erhalten und verbessern können.

1999 lebten auf der Erde noch sechs Milliarden Menschen, 2012 waren es schon sieben Milliarden, 2024 werden es acht Milliarden sein.

Es ist eine gigantische Herausforderung, die so rasant größer werdende Menschheit auch nur mit dem Nötigsten zu versorgen: Mit Nahrung, Wasser und Energie, und das bei begrenzten natürlichen Ressourcen.

Auch den Klimawandel werden wir nur wirksam begrenzen können, wenn es in Zukunft gelingt, Innovationskraft und technologisches Know-how besser zu nutzen.

Darauf gibt es eine realistische Antwort: Effizienzsteigerung, Innovationen und verantwortliches Handeln.

- Der **soziale Zusammenhalt** in Deutschland wie in Europa insgesamt und fast überall in der Welt **schwindet**.

In weiten Teilen der Welt herrscht furchtbare Arbeitslosigkeit.

Wir wissen, wie zerstörerisch das wirkt. Es nimmt Menschen den Lebensmut, es spaltet Gesellschaften.

Besonders schlimm ist die drastisch zunehmende Jugendarbeitslosigkeit.

Sie stürzt ganze Generationen junger Menschen in Hoffnungslosigkeit.

Trotz der jüngsten Beschäftigungserfolge gibt es auch in unserem Land immer noch drei Millionen Menschen, die keine Arbeit finden – oftmals jahrelang. Wir erwarten, dass mehr als bislang getan wird, um beispielsweise Menschen mit Handicap in Beschäftigung zu bringen.

Niemand darf in unserem Land um die Chance gebracht werden, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern.

Große Sorgen bereitet uns auch die Tendenz, dass unser Land auseinander driftet.

Mit den Zentren der wirtschaftlichen Dynamik und Modernität auf einer Seite, mit den abgehängten Regionen und Städten auf der anderen Seite.

Und von gleichen Arbeits- und Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland kann auch noch keine Rede sein.

Von sozialem Sprengstoff sind genauso die wachsende Altersarmut und die unzureichende Integration von Zuwandern und ihren Familien.

Beides passt nicht zu einem entwickelten Sozialstaat. !!!

Und wenn hoch bezahlte Leute aus den Chefetagen unserer Gesellschaft Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt begreifen, dann ist das eine Straftat, die mit aller Konsequenz zu verfolgen ist.

Aber das geht tiefer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist von zersetzender Wirkung auf den Solidargehalt unsere Gesellschaft.

Von trauriger Rückständigkeit ist unser Land im Übrigen in der Geschlechterfrage. Frauen sind schlechter bezahlt, in Spitzenpositionen schaffen sie es vergleichsweise selten.

Das sind nur zwei Beispiele, wie eine knochen-konservative Haltung die Gesellschaft spaltet, statt gleiche Chancen für alle zu eröffnen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Grundrechte unserer Verfassung gelebt werden.

Und dazu gehört, dass niemand einer Diskriminierung ausgesetzt ist – unabhängig

- vom Geschlecht,
- vom Alter,

- von der Herkunft,
- von der Religion,
- von der politischen Überzeugung,
- von der Nationalität oder der Hautfarbe.

Eine tolerante und im Inneren friedfertige Gesellschaft findet Zustimmung und Identifikation - und erst aus diesem Zusammenhalt entstehen Zukunftsperspektive, Kolleginnen und Kollegen.

- Eine der größten Herausforderungen gerade für Gewerkschaften ist sicherlich die sich rasant verändernde Arbeitswelt.

In den vergangenen Jahren haben die Unternehmen damit begonnen die Arbeitsprozesse systematisch neu zu organisieren.

Kennzeichnend für diese Entwicklung ist die Verlagerung von Verantwortung und Entscheidung auf die Beschäftigten.

Dieser Trend ist durchaus widersprüchlich in seinen Folgen:

- Einerseits kann die Arbeitszufriedenheit wachsen, wenn die Freiheit am Arbeitsplatz größer und die Aufgaben anspruchsvoller werden.
- Andererseits verfolgen die Unternehmen mit dieser Strategie natürlich sehr nüchterne Ziele einer höheren Wirtschaftlichkeit.

Und das bedeutet:

Immer mehr Beschäftigte fühlen sich ausgepresst und überfordert.

Denn die größere Autonomie am Arbeitsplatz wird beispielsweise begleitet von einer Auflösung der klassischen Arbeitszeiten.

Ein Auftrag ist zu erledigen, wie und in welcher Zeit, das bleibt dem geschätzten Mitarbeiter selbst überlassen.

Aber wehe, der vorgegebene Termin wird nicht eingehalten!

Rationalisierungsprozesse und neue Arbeitsorganisation führen zu einer zunehmenden Arbeitsverdichtung.

Die Unternehmen stocken nicht etwa auf, sondern bauen zum Teil massiv Personal ab.

Kein Wunder also, dass die Frage, wie Beruf und Privatleben vernünftig zu vereinbaren sind, für viele Beschäftigte immer schwieriger zu beantworten ist.

Genauso zwiespältig sind die Ergebnisse moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, die immer stärker die Arbeitsprozesse bestimmen.

Einerseits lässt sich manches gut von zuhause aus erledigen, andererseits ist man auch ständig für den Arbeitgeber erreichbar.

Die Chancen und Risiken, die darin stecken, rufen nach gewerkschaftlicher Gestaltung.

Wir brauchen zum Beispiel einen neuen Arbeitnehmer-Datenschutz.

Und die IG BCE und die Betriebsräte müssen die Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten wieder zurückgewinnen.

Andernfalls werden die Leute in der Arbeit noch schneller als früher verschlissen. Das ist sowieso inhuman, aber das ist auch mit Blick auf den demographischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel weder sozial noch ökonomisch sinnvoll.

- Der **demographische Wandel**, der Deutschland stärker prägt als viele andere Industrienationen, zählt natürlich ebenso zu den großen Herausforderungen unserer Zeit.

Demographischer Wandel, das bedeutet für uns in der Arbeitswelt vor allem:

Die zahlenmäßig schrumpfende Erwerbsbevölkerung muss für eine rasch wachsende Zahl älterer Menschen den Lebensunterhalt aufbringen.

Das ist alles andere als eine neue Erkenntnis. Aber das heißt nicht, dass wir inzwischen besser darauf vorbereitet wären.

Das Durchschnittsalter der Belegschaften steigt, die Zahl der nachrückenden jungen Arbeitskräfte sinkt.

Aber der Prozess einer alters- und altersgerechten Umgestaltung der Arbeitswelt kommt nur mühsam in Gang.

Wir tun, was wir können!

Von jedem Arbeitgeber lässt sich das nicht sagen.

Man klagt über Fachkräftemangel, ist aber nicht bereit umzudenken.

In Zukunft muss es heißen: Erhalt statt Verbrauch der Arbeitskraft.

Investitionen in humanere Arbeitsbedingungen wären im Übrigen sehr hilfreich, um die Rentenkasse sowie die Kranken- und Pflegeversicherung zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- fortschreitende Globalisierung,
- europäische Krise,
- exzessive Finanzmärkte,
- das Wachstum der Weltbevölkerung und
- die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- der schwindende soziale Zusammenhalt,
- neue Härten in der Arbeitswelt,
- die zunehmende Alterung der Gesellschaft

Das sind noch einmal zusammengefasst die zentralen Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben.

Wir haben darauf nur einen kurzen Blick geworfen, aber ich denke, es ist sichtbar geworden, dass gewaltige Aufgaben auf uns warten.

Es gibt keinen Grund, sich davon entmutigen zu lassen.

Aber es gibt allen Grund, diese Herausforderungen mit einer klaren Orientierung anzugehen.

Sonst läuft man Gefahr, die Kräfte zu verzetteln, die dringend gebraucht werden, um Zukunftschancen zu nutzen und Risiken einzudämmen.

Deshalb braucht man eine **Gesamtstrategie** zur künftigen Entwicklung unseres Landes.

Die Zukunftsstrategie muss Antworten auf unsere **nationalen Herausforderungen** geben und diese so formulieren, dass darin auch **europäische und globale Kontexte** angemessen Berücksichtigung finden.

Wir müssen prüfen: Was ist in Deutschland selbst zu tun und was kann Deutschlands Beitrag zur Lösung der weltweiten Aufgaben sein?

Das bedeutet:

- Unser Handeln muss in einem umfassenden Sinne **nachhaltig** sein.

Wir verbinden mit dem Nachhaltigkeitsbegriff die Gleichberechtigung von Ökonomie, Sozialem und Ökologie.

Zur Nachhaltigkeit gehört zwingend ökonomischer Erfolg und sozialer Fortschritt.

Denn wir wollen unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt hinterlassen, wir wollen ihnen aber auch Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung und Gute Arbeit bieten.

Dafür bedarf es jedoch bestimmter Voraussetzungen.

Und die wichtigste ist Wachstum.

Nicht verstanden als Wachstum um jeden Preis, sondern verstanden als ein **qualitatives Wachstum** ohne Zerstörung der Lebensgrundlagen. Dies nennen wir eine **ausbalancierte nachhaltige Ökonomie – ausbalanciert, weil sie berücksichtigt, was ökonomisch, sozial und ökologisch wichtig ist.**

Wer auf diesen drei Feldern Fortschritte erzielen will, der braucht dazu **Innovationen** und **Technologie**, also neue Produkte und effiziente Produktionsverfahren.

Die zunehmende Weltbevölkerung, die Umweltprobleme und die Begrenztheit der Ressourcen lassen uns gar keine andere Wahl.

Häufig finden auch notwendige gesellschaftliche **Innovationen** keinen Financier. Daher schlagen wir vor, auch interessante alternative Finanzierungsformen zu nutzen, von Venture Capital über Genossenschaftsbanken bis zu Non-Profit-Unternehmen. Eine solche **Investitionsoffensive** wird auch dem wirtschaftlichen Wachstum neue Impulse verleihen.

Damit schließt sich dann der Kreis der Nachhaltigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- was bedeutet das jetzt für uns?
- Was folgt daraus für unser konkretes Handeln im Betrieb?
- Wie wollen wir Arbeit gestalten?
- Welche Instrumente- und Handlungsfähigkeiten brauchen wir dafür?
- Was für Anforderungen haben wir an die soziale Marktwirtschaft?

Ich will das im Folgenden konkretisieren:

Wie sozial die Marktwirtschaft ist, entscheidet sich tatsächlich auf dem **Arbeitsmarkt**.

Gute Arbeit in Guten Unternehmen ist das wesentliche Merkmal, das die soziale Marktwirtschaft von anderen Formen der Wettbewerbswirtschaft positiv unterscheidet.

Eine solche Wirtschaftsordnung fördert Menschen, die ohne Arbeit sind.

Sie investiert in die Menschen und ihre Qualifikationen, weil in einer solchen Wirtschaftsordnung die Menschen als das wichtigste Kapital verstanden werden.

Aus dieser Sicht muss man über eine Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zu einer neuen Art von Arbeitsversicherung mindestens intensiver als bislang nachdenken.

Wir sehen es als **zentrale Aufgabe**, auf dem Arbeitsmarkt eine **Trendwende** zu erreichen.

- Wir brauchen ganz klar den **Mindestlohn** und die **Begrenzung flexibler Beschäftigung** auf ihre eigentliche Bestimmung.

Die Verhältnisse sind heute leider so, dass es ohne einen Schutzwahl von 8,50 Euro Mindestlohn nicht gelingt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor krasser Ungerechtigkeit abzusichern.

Und egal, wer regiert: Der Missbrauch von Leiharbeit und von Werkverträgen muss per Gesetz unmöglich gemacht werden.

Wer Tarifstandards unterlaufen und Belegschaften spalten will, dem muss der Gesetzgeber die rote Karte zeigen, der gehört nicht auf das Spielfeld einer Sozialen Marktwirtschaft,

liebe Kolleginnen und Kollegen

Genauso klar ist allerdings:

- **Mindeststandards** sind **keine ausreichende Perspektive** in einer hoch entwickelten und sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Auch der Mindestlohn ist noch lange kein guter Lohn.

Deshalb ist unser gestalterischer Ehrgeiz größer.

Für uns gilt: **Gute Arbeit** muss der allseits akzeptierte und angestrebte **Regelfall** sein.

Wir reden hier schließlich von der Sozialen Marktwirtschaft, nicht von der Minimalen Marktwirtschaft.

Gute Arbeit, das ist für uns ein gesichertes Arbeitsverhältnis mit einem leistungsgerechten Lohn, mit flexiblen aber geregelten Arbeitszeiten.

Gute Arbeit, das ist für uns Arbeit, die Entwicklungschancen bietet, die Menschen Kraft und Zufriedenheit gibt.

- Gute Arbeit macht nicht krank.
- Gute Arbeit ermöglicht ein Privatleben sowie
- Familienarbeit für beide Geschlechter.

Wir wollen, dass Gute Arbeit überall zur Normalarbeit wird.

Das ist der Anspruch, das ist der gewerkschaftliche Auftrag, Kolleginnen und Kollegen. Im Übrigen ist dies auch im Interesse der Arbeitgeber.

So gibt es bislang kaum intelligente Lösungen für den allseits beklagten **Fachkräftemangel und die demographischen Herausforderungen**. Der Vorstellungskraft der Arbeitgeber wie der Politik sind bemerkenswert enge Grenzen gesetzt

- Arbeitszeitverlängerung,
- weltweite Zuwanderung,
- Import von jungen Südeuropäern im Besonderen.

Es wäre auch in diesem Fall an der ZEIT, WEITER ZU DENKEN.

Wer ernsthaft etwas tun will gegen einen drohenden Mangel an Fachkräften, der sollte **Ausbildungskapazitäten** aufbauen und keineswegs abbauen.

Ich schlage vor, dass sich alle Arbeitgeber einmal damit beschäftigen, wie viele Betriebe tatsächlich noch ausbilden – nur noch jedes fünfte Unternehmen macht das mit.

Das ist der tiefste Stand seit 1999 und offenbart eine erhebliche Ignoranz der Zukunftsthemen.

Einerseits über fehlende Fachkräfte zu klagen, andererseits jungen Menschen die **Übernahme** nach der Ausbildung zu verwehren oder sie allenfalls **befristet** einzustellen, das ist genauso wenig überzeugend.

Wir wissen, was als erstes zu tun ist, wenn man mehr Fachkräfte finden will:

- Die 1,4 Millionen junge Menschen ausbilden, die bislang vergeblich auf so eine Chance hoffen.
- Die Initiative Start in den Beruf fortentwickeln statt jungen Menschen einen Start in die Perspektivlosigkeit zuzumuten.
- Die Fachkräfte, die man hat, so behandeln, dass sie länger gesund und motiviert Leistung bringen können.
- Mehr Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben anbieten statt Werkverträge und Leiharbeit ausweiten.
- Frauen selbstverständlich echte Entwicklungs- und Chancengleichheit eröffnen statt sie fortgesetzt bei Karriere und Einkommen diskriminieren.
- Und wann ist endlich Schluss mit dem verkrampten und verklemmten Umgang mit Zuwanderern, mit ihren in Deutschland geborenen Kindern und Enkeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere IG BCE startet **unmittelbar nach diesem Kongress** eine **Mitbestimmungsoffensive**.

Sie zielt auf die Politik und die Arbeitgeber, den Bekenntnissen zur Sozialen Marktwirtschaft, zur wichtigen Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften auch Taten folgen zu lassen.

Das ist überfällig, und jetzt, nach der Bundestagswahl, bietet sich die Chance, in einer neuen politischen Konstellation die Fundamente unserer Wirtschafts- und Sozialordnung wieder zu stärken.

Wir werden Union und SPD nicht im Unklaren lassen, was wir von einer Großen Koalition erwarten.

- Wir wollen ein **Mitbestimmungsrecht** der Betriebsräte **bei Fremdbeschäftigung**.
- Gleichzeitig sollen sie ein **Initiativrecht** zur Gestaltung **Guter Arbeit** erhalten.

Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl haben wir ein weiterentwickeltes Betriebsverfassungsgesetz gefordert.

Mit guten Gründen.

Wenn verstärkt Leiharbeiter und Beschäftigte mit Werkvertrag in Unternehmen eingesetzt werden, dann wächst der Anteil der Belegschaften, die nicht oder nur ungenügend durch Betriebsräte vertreten sind.

Mit einer zwingenden Mitbestimmung von Betriebsräten wäre es möglich, Umfang und Dauer von Fremdbeschäftigung im Betrieb sinnvoll zu regeln.

Das Initiativrecht Gute Arbeit ist ein Gestaltungsansatz für neue betriebliche Aufgaben.

Wie notwendig das ist, wird ganz besonders sichtbar in der steigenden Zahl psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz.

Sie sind Ausdruck einer zunehmenden Überforderung vieler Beschäftigter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da wird die Grenze der menschlichen Schaffenskraft nicht nur erreicht, sondern häufig auch überschritten.

Da muss was passieren.

Das geht so nicht weiter.

Wenn wir wollen, dass die älter werdenden Belegschaften gesund und leistungsstark bleiben, dann muss künftig die Prävention stärker die Betriebsratsarbeit prägen können.

Unsere Mitbestimmungsoffensive hat zudem das Ziel,

- die Gründung von **Betriebsräten** zu erleichtern.

Wir wollen, dass künftig die Gründung von Betriebsräten schnell und ohne überflüssige Hürden möglich ist – gerade in Betrieben, in denen Arbeitgeber auf Zeit spielen und versuchen uns auszubremsen.

Haben sich drei Beschäftigte gefunden, die zur Wahlversammlung einladen wollen, sollen sie ab diesem Zeitpunkt einen Kündigungsschutz wie Wahlvorstandsmitglieder erhalten.

Darüber hinaus sollte das Arbeitsgericht im Konfliktfall die Einberufung der ersten Wahlversammlung mit dem Unternehmen klären, damit die Wahlen unverzüglich stattfinden können.

Zusätzlich fordern wir eine obligatorische Anwendung des vereinfachten Wahlverfahrens in Betrieben bis zu 100 Beschäftigten.

Alles, was die schnelle Gründung von mehr Betriebsräten unnötig erschwert, muss weg. Darum geht es im Kern.

Es geht also um eine doppelte Zielsetzung.

Wir wollen mit unserer Mitbestimmungsoffensive nicht nur die Qualität der Arbeit zum Thema machen, sondern zugleich **institutionelle beziehungsweise strukturelle Voraussetzungen für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft** schaffen.

Deshalb startet die **IG BCE** zeitgleich eine **Offensive zur Erschließung neuer Betriebe**. Das machen wir, um unserer Verantwortung als Gestaltungsfaktor in unseren Branchen gerecht werden.

Das ist Teil des Zukunftsprozesses 2020, aber auch unser ureigener Beitrag zur weiteren **Zivilisierung und Humanisierung der Arbeitswelt**.

Als erstes kümmern wir uns um **Betriebe der Kunststoffindustrie**.

Das ist bereits auf dem Weg.

Schritt für Schritt werden wir mehr und mehr Unternehmen in die Mitbestimmung durch Betriebsräte und unter unsere Tarifverträge holen.

Wir haben dafür auch schon zusätzliche Sekretäre eingestellt.

- **Unser Ziel ist es, in jedem Bezirk Jahr für Jahr weitere Betriebe neu zu erschließen.**
Wir werden das konsequent und mit aller Energie verfolgen.
- Gleichzeitig wollen und werden wir den **Organisationsgrad** in unseren Branchen **steigern**.

Wir wollen wachsen und handlungs- und gestaltungsfähiger werden, eben weil wir nicht wollen, dass atypische Beschäftigung zum Regelfall wird.

Es ist allerdings kaum vorstellbar, dass wir in unseren Industrien auf Dauer für Ordnung sorgen können, wenn prekäre Verhältnisse weiter um sich greifen und ringsherum nur minimale Standards gelten.

Und deshalb wollen wir im **DGB** darüber nachdenken und sprechen, wie wir **gemeinsam** wegkommen vom sozialen Mindestmaß, wie wir die **Gewerkschaften** in Deutschland insgesamt **stärken**.

Es kann niemand kalt lassen, wenn in Deutschland **ganze Branchen ohne Schutz durch starke Betriebsräte und kraftvolle Gewerkschaften** bleiben. Da sind wir allesamt in der Verantwortung.

Wichtig ist, dass wir die **Betriebsratswahl 2014** nutzen, um die Mitbestimmung zu stärken und den Anspruch auf Mitgestaltung demokratisch zu untermauern.

- Wir wollen die Gewerkschaft mit dem höchsten **Mitgliederanteil unter Betriebsräten** bleiben.
- Wir wollen **mehr Betriebsräte** etablieren und **mehr Mandate** für unsere Kolleginnen und Kollegen gewinnen.

Das ist von zentraler Bedeutung für unsere künftige Gestaltungsfähigkeit. Denn auch **Tarifverträge mit betrieblichen Optionen** können wir nur so lange vereinbaren, wie wir uns darauf verlassen können, dass es unsere Betriebsräte sind, die damit in den Unternehmen verantwortlich umgehen.

Auf unsere Betriebsräte können wir uns verlassen, weil sie aus Überzeugung die gewerkschaftlichen Zielsetzungen teilen und unterstützen.

Das ist eine der großen Stärken unserer IG BCE.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit unserer Mitbestimmungsinitiative verfolgen wir darüber hinaus das Ziel

- die **Tarifbindung** zu festigen und die **Tarifeinheit** zu garantieren.

Wir werden auf Betriebe, die derzeit keiner Tarifbindung unterliegen, ein besonderes Augenmerk legen und systematisch und konsequent das Nötige tun, um wieder Tarifbindung herzustellen.

Auch unseren Sozialpartnern muss klar sein: Die Bereitschaft, Tarifverträge zu schließen, ist für uns immer der Testfall einer positiven Zusammenarbeit.

Die Aggressivität, mit der Betriebsräten und Gewerkschaften in der Vergangenheit der **Mitgestaltungsanspruch verweigert** wurde, erleben wir seit dem Desaster der Finanzkrise nur noch selten.

Allerdings gibt es immer noch Fälle wie **Neupack**, wo wir bis in den härtesten Arbeitskampf gehen müssen, um Selbstverständlichkeiten einer Sozialen Marktwirtschaft und unserer Verfassung durchzusetzen.

Tatsächlich verzeichnen wir heute statt Aggressivität eher **schlichte Ignoranz**.

Gerade klein- und mittelständische Unternehmen in jungen Branchen gehen nicht in die Arbeitgeberverbände, und wenn doch, dann in die so genannte OT-Mitgliedschaft, also ohne Tarif.

- Wir erwarten, dass die Arbeitgeberverbände die **OT-Mitgliedschaft** keineswegs fördern, sondern **zurückführen**.
- Wir erwarten, dass sie sich genauso um Organisationsmacht und um ein **Verhandlungsmandat** kümmern, wie wir das selbst in der Mitgliederwerbung tun.
- Sozialpartnerschaft braucht **aktive und vernehmbare Befürworter**. Solche starken Botschafter der gemeinsamen Gestaltung in den Betrieben und Branchen vermissen wir gelegentlich.
- Sozialpartnerschaft muss sich in der eigenverantwortlichen Beantwortung solcher Fragen **bewähren**, die durchaus in der gemeinsamen Gestaltungshöhe liegen.

Um der Tariffucht zu begegnen, fordern wir vom Gesetzgeber, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern und die Nachwirkung von auslaufenden Tarifverträgen, die nicht neu verhandelt werden können, besser und umfassender gesetzlich zu regeln

Im Grundsatz haben sowohl die Union wie die SPD signalisiert, dass sie eine Zersplitterung der gewerkschaftlichen Vertretung nicht für sinnvoll halten.

Nun müssen den Worten Taten folgen.

Mit unserer Mitbestimmungsoffensive verbinden wir daher auch die Einlösung einer Zusage der alten Bundesregierung, nämlich das Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ gesetzlich abzusichern, und zwar ohne Einschränkung des Streikrechts. .

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist die beste Versicherung der Beschäftigten, angemessen an wirtschaftlichen Erfolgen teilzuhaben.

Erfolgreiche Tarifpolitik ist ein Markenzeichen unserer IG BCE.

Wir haben nicht nur für kontinuierliche Steigerung beim Entgelt gesorgt, sondern darüber hinaus wesentliche Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht, von der betrieblichen Alterssicherung bis zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

Wir haben diese Erfolge in der Sozialpartnerschaft erzielt.

Das waren manchmal zwar auch schwierige Auseinandersetzungen, aber am Ende ist es uns immer gelungen, konstruktive und sachgerechte Kompromisse zu finden.

Es gibt nach unserer Erfahrung keinen besseren Weg, unterschiedliche Interessen zwischen Kapital und Arbeit zum Ausgleich zu bringen.

Von einer funktionierenden Sozialpartnerschaft profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und selbstverständlich auch die Arbeitgeber.

Drei Beispiele erfolgreicher Sozialpartnerschaft will ich kurz nennen:

- Gemeinsam mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie haben wir den Wittenberg-Prozess gestartet und Leitlinien für Verantwortliches Handeln verabschiedet.
- Wir haben diesen Prozess dann fortgeführt und etabliert in Form der gemeinsamen Chemie-Stiftung Sozialpartner-Akademie.

Die CSSA ist quasi die Schule der Sozialpartnerschaft.
Außerhalb der Chemie gibt es nichts Vergleichbares.

- Wiederum mit dem BAVC und gemeinsam mit dem VCI haben wir in diesem Jahr Chemie³ gegründet.

Diese Nachhaltigkeitsinitiative hat Modellcharakter – auch weil Arbeitgeber und Industrie sich darin ausdrücklich zur Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Betriebsräte und Gewerkschaft bekennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

den Kurs der fairen Teilhabe an Erfolgen der Unternehmen werden wir mit der **Chemie-Tarifrunde in diesem Jahr** fortsetzen.

Aber niemand sollte glauben, wir könnten ohne **Mobilisierung** der Belegschaften erfolgreich sein.

Da stehen sich Interessen entgegen, und die werden vertreten.

Schon jetzt bereiten die Arbeitgeber das tarifpolitische Feld vor.

Die wirtschaftliche Lage wird wie immer vor einer Tarifrunde in dunklen Farben gemalt.

Deshalb haben wir unsere **Betriebsräte befragt**, wie es in den Unternehmen tatsächlich aussieht.

Eindeutiges Ergebnis: Der chemischen Industrie geht es durch die Bank gut.

In einer **Reihe von Unternehmen** gibt es **strukturelle Schwierigkeiten**, die nicht verallgemeinert werden können.

Da reagieren die Arbeitgeber nach uraltem Muster:

Die Beschäftigten werden für hausgemachte wirtschaftliche Probleme **in Haftung** genommen.

Da machen es sich die Vorstände zu einfach: Wer jahrelang immens verdient hat, der muss das anders lösen als auf Kosten der Belegschaften.

Wir jedenfalls werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen.

Es ist schon ein bisschen auffällig, dass sich jetzt, kurz nach der Bundestagswahl schlechte Nachrichten aus einzelnen Unternehmen häufen.

Wir lassen uns dadurch nicht von unserem Ziel abbringen, für angemessene und im Wortsinn verdiente Einkommen unserer Mitglieder zu sorgen.

Wir sind für gute Abschlüsse bekannt, das wird so bleiben.

Nach einer langen Phase der Stagnation steigen seit zwei Jahren die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder. Vor allem wegen der höheren Beschäftigung.

Das tut auch der Binnennachfrage gut, das stabilisiert die Konjunktur. Ich halte fest: Eine gesamtwirtschaftlich vernünftige und sozial verträgliche Entwicklung setzt geordnete Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und Strukturen der Teilhabe voraus – das sind wesentliche Dimensionen von Nachhaltigkeit, wie wir sie verstehen.

Wir werden unsere unmittelbaren Möglichkeiten der Gestaltung nutzen und arbeiten daran, sie noch zu verbessern.

Mit unserer Mitbestimmungsoffensive.
Mit der Erschließung neuer Betriebe.
Mit unseren tarifpolitischen Freiheiten.

Wir werden das alles einbetten in eine **Offensive zur Mitgestaltung in Europa**.

Die **Demokratisierung der Europäischen Union** muss auch die Arbeitswelt umfassen.

- **Wir wollen die Europawahl 2014 zu einer Abstimmung über eine arbeitnehmerorientierte Politik auf europäischer Ebene machen.**

- Wir werden gemeinsam auf europäischer Ebene das gewerkschaftliche Recht auf **Mitgestaltung und Mitbestimmung** einfordern.
- Wir verteidigen bei dieser Wahl auch das **Tarif- und Streikrecht**. Europäische Eingriffe in nationale Tarifverträge sind ein Angriff auf die gesamte Arbeitnehmerbewegung in Europa.

Unsere Eröffnungsveranstaltung hat noch einmal sehr klar gezeigt:

Europa braucht einen **neuen, tragfähigen Sozialpakt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Rückkehr zu **ordentlichen Verhältnissen in der Arbeitswelt** ist die entscheidende, aber nicht die einzige Voraussetzung für eine Rückkehr zu einer **ordentlichen Alterssicherung**.

Ein Alter ohne existenzielle Sorgen ist das **wichtigste Versprechen des Sozialstaats**. Das **Vertrauen** in dieses Versprechen ist heute **erschüttert**.

Das beschädigt die Identifikation mit unserer Demokratie und dem Sozialstaat, das trägt Unsicherheit in das ganze (Erwerbs-)Leben und trifft alle Generationen.

Die IG BCE fordert einen **neuen Rentenkonsens**, der mindestens von den Volksparteien Union und SPD getragen wird. Ausgangspunkt für diesen Konsens müssen die realen Probleme der Menschen in der Alterssicherung sein und nicht allein rententechnische Berechnungen.

Die IG BCE ist bereit zu einer **vorbehaltlosen Diskussion** der Herausforderungen und Lösungsansätze.

Wir wollen dazu beitragen, indem wir Politik und Arbeitgeber, unsere Betriebsräte und Funktionäre in diesem Frühjahr zu einer **Konferenz zur Zukunft der Alterssicherung** einladen.

Schon vor vier Jahren waren die Bedingungen für die Rente mit 67 nicht erfüllt, sie sind es heute erst recht nicht.

Die Kombination aus niedrigerem Rentenniveau und höherem Rentenalter **geht über demographie-bedingte Notwendigkeiten hinaus und führt statt dessen zu Altersarmut**.

Wichtig ist: **Uns reicht keine allgemeine Mindestrente, genauso wenig wir uns mit einem allgemeinen Mindestlohn begnügen.**

In einem hoch entwickelten Industrieland von großer Leistungskraft ist die Idee der Mindestsicherung auch für die Lebensphase Ruhestand absolut unzureichend sowie intellektuell wie moralisch unbefriedigend.

Die Alterssicherung ist **keine Frage ausschließlich der gesetzlichen Rentenversicherung**. Wir brauchen eine alters- und altersgerechte **Umgestaltung der Ar-**

beitswelt, wenn künftig im Durchschnitt ältere Belegschaft den Anforderungen einer Hochleistungswirtschaft standhalten sollen.

Ich habe das schon angesprochen.

Wir brauchen **Zwischenlösungen für diesen Umbau der Arbeitswelt**, für diejenigen, die in den nächsten zehn, 15 Jahren in den Ruhestand wechseln, also nicht von angepassten Bedingungen profitieren können.

Die **Zeit der Einheitslösung für alle** ist auch bei der Alterssicherung **vorbei**.

Man muss bei der Rente genauer hinschauen, als es die Politik bislang macht.

Wer zum Beispiel **Feuerwehrleute** mit 60 für dienstuntauglich erklärt, kann nicht gleichzeitig das Rentenalter rauf setzen, ohne zu sagen, wie sie in einen Ruhestand ohne Armut kommen sollen.

Die **Teilrente mit 60**, kombiniert mit tariflich gestalteter Teilzeitarbeit, würde uns Möglichkeiten für einen neuen, flexiblen und individuellen Ruhestand eröffnen.

Das wäre gerade für besonders belastete Arbeitnehmergruppen attraktiv, für Schichtarbeiter beispielsweise.

Deshalb werden wir bei der Teilrente mit 60 erst Ruhe geben, wenn sich die Politik da endlich bewegt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir werden unsere eigenen tarifpolitischen Möglichkeiten einer demografiegerechten Arbeitswelt nutzen.

Wir werden unsere Tarifverträge dazu weiter entwickeln.

Die Demografietarifverträge I+II sind gut, aber nicht abgeschlossen, sondern erste Schritte, denen wir weitere folgen lassen werden.

Betriebliche Formen der Alterssicherung und der alternsgerechten Arbeitsgestaltung werden in all unseren Branchen auch künftig ein wichtiges Thema unserer Tarifpolitik sein.

Den Arbeitgebern sei gesagt: Eine Verlängerung der Arbeitszeit ist für uns ausgeschlossen. Was wir brauchen, sind neue Formen der zeitlichen Flexibilität für die Beschäftigten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

über die Steuerpolitik wird seit Langem diskutiert, sie ist auch jetzt wieder ein Thema, wo es um eine mögliche Regierungsbildung geht.

Für uns ist klar: Die Steuerpolitik muss eingebettet sein in langfristige Zielsetzungen.

Auf kurzfristige Kassenlagen zu reagieren, ist keine Empfehlung für eine Politik, die auf eine berechenbare und gute Entwicklung unseres Landes ausgerichtet ist.

Unser 1. steuerpolitisches Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der Kräfte frei macht für qualitatives Wachstum.

Konjunkturbedingt sind die **Steuereinnahmen** auf einem **Rekordniveau**.

Das ist gut so, denn das hilft bei der **notwendigen Konsolidierung** der Staatsfinanzen.

Dass der Staat bis heute Schulden macht, zeigt aber, dass die Einnahmen ganz offenbar zur **Finanzierung der Aufgaben nicht ausreichen**.

Viele Kommunen sind faktisch pleite, und trotz guter Konjunktur haben viele Länderparlamente große Mühe verfassungskonforme Haushalte zu beschließen. Tatsächlich sind die deutschen Steuern relativ niedrig.

Mit einer Steuerquote von 23 Prozent liegt Deutschland im unteren Drittel der internationalen Steuertabelle.

Unser 2. steuerpolitisches Ziel ist eine faire Lastenverteilung.

- Eine etwas **stärkere Belastung hoher und leistungsloser Einkommen** ist angesichts der Auseinanderentwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse vertretbar.

Wir haben schon 2009 Vorschläge zu einem solchen **Solidarbeitrag** gemacht: Beim **Spitzensteuersteuersatz** ist sicher noch Luft nach oben.

- Und es wird endlich Zeit, **unerträgliche Verstöße gegen das Prinzip der Steuergerechtigkeit** wirksam zu bekämpfen.

Das heißt: **Steueroasen** austrocknen, **Steuerhinterziehung** intensiv verfolgen, **Steuerschlupflöcher** schließen.

Unser 3. steuerpolitisches Ziel lautet:

Wenn Spielräume für Entlastungen da sind, dann muss man das für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem nutzen.

- Dazu gehört, die **kalte Progression abzubauen**, die zu einer immer stärkeren Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt.
- Wir fordern zudem die überfällige **Erhöhung der Pendlerpauschale** von 30 auf 40 Cent pro Kilometer.
Das wäre ein schnell wirkendes Instrument, den von steigenden Energiepreisen besonders betroffenen Arbeitnehmerhaushalte zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Energiewende ist immer noch ein mehrheitsfähiges Projekt, hinter dem sich unsere Gesellschaft versammeln kann.

Sie könnte unserem Land einen wichtigen Modernisierungsschub bescheren und neue Technologien befördern.

Wir wollen eine Energiewende mit einer industriepolitischen Perspektive.

Stattdessen haben wir eine Energiewende, die Innovationen erschwert und blockiert.

- Weil sie sich einseitig auf den Strommarkt begrenzt.
- Weil sie dort ungeheuer viel Geld verbrennt, das uns an anderer Stelle fehlt.

Von 2010 bis heute ist der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung von 16 auf 25 Prozent gestiegen.

Dass jede vierte Kilowattstunde aus regenerativen Energien kommt, ist eine im internationalen Vergleich erstaunliche Größenordnung.

Aber das System, das gestern noch half, den Erneuerbaren Energien den Weg aus der Nische zu ebnen, führt nun zu einer Fehlsteuerung.

Wir fördern heute Ineffizienz statt Innovation.

Ganz deutlich wird das am schnellen Anstieg der EEG Umlage:

Von 0,4 Cent auf 6,3 Cent in zehn Jahren – das ist eine Steigerung um fast 1.500 Prozent!

Allein in diesem Jahr kostet das EEG 17 Milliarden Euro.

Die einen verdienen mit dem EEG garantierte Renditen, die es sonst nirgendwo gibt.

Die anderen zahlen die Zeche – und das sind insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Daher fordern wir einen Neustart in der Energiewende.

Und das erste, was es braucht, sind Realismus, Vernunft und Effizienz. Dann kommt man zu klaren Erkenntnissen:

- Auf dem Weg von der Kernenergie zu den Erneuerbaren brauchen wir eine Brücke aus Kohle und Gas.

Und die muss auch begehbar sein, also wirtschaftlich tragfähig sein.

- Wir müssen jetzt einen deutlichen Schnitt machen.

Die Belastungen über Umlagen dürfen zumindest nicht weiter steigen.

Es gibt auch neue Vorschläge, die Energiewende von ihren Altlasten zu befreien, die durchaus diskussionswürdig sind. Gefragt ist politische Konsequenz.

- Für die Zukunft schlagen wir vor, entsprechend den Ausbauzielen ein Auktionsverfahren für Strom aus erneuerbaren Quellen zu etablieren.

Das könnte die Kosten erheblich senken, weil der jeweils preisgünstigste Strom aus regenerativen Quellen zum Einsatz käme.

- So fördert man mit den Mitteln des Wettbewerbs!
- So begegnet man der Verschwendung von finanziellen Ressourcen!
- So lenkt man Geld in Innovation und technologischen Fortschritt!

Was dann an Subventionsbedarf bleibt, sollte nicht mehr durch eine Umlage auf den Strompreis finanziert werden, sondern aus dem Bundeshaushalt, das heißt aus Steuern.

Es macht einfach mehr Sinn, Gewinne der Unternehmen zu besteuern, als ihre Investitions- und Innovationskraft durch hohe Energiekosten zu schwächen.

Und für die privaten Stromkunden unterscheiden sich Steuer und Umlage vor allem durch den Grad an Gerechtigkeit.

Steuerfinanziert bedeutet: Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache.

Auch europarechtlich steht zumindest mittelfristig in Frage, ob das gesamte EEG-System Bestand haben kann.

Ein eher wahrscheinliches Nein auf diese Frage hätte gravierenden Auswirkungen - sowohl für die Energie verbrauchende Industrie als auch für die Betreiber von EEG-Anlagen.

Daher ist eine umfassende rechtliche Neugestaltung der Förderung Erneuerbarer Energien nötig, und zwar sehr, sehr schnell.

Es geht bei der Energiewende aber nicht nur um Geld, es geht auch um Versorgungssicherheit.

Die Stabilität des Netzes und die kontinuierliche, störungsfreie Versorgung sind tatsächlich immer weniger garantiert.

Ohne den Zubau fossiler Kraftwerke als Reservekapazitäten droht in Deutschland ab 2022 eine Unterdeckung mit gesicherter Leistung.

Die braucht man aber, um die schwankende Einspeisung aus erneuerbaren Energien auszugleichen.

Dabei kommt der Braunkohle als wettbewerbsfähigem und sicherem Energieträger eine wichtige Rolle zu.

Wir stehen zum Atomgesetz von 2011 und den dort genannten Stilllegungszeitpunkten für die deutschen Kernkraftwerke.

Aber wer das will, der muss dann auch akzeptieren, dass Braunkohle verstromt wird, um die Kernkraft zu ersetzen und den erneuerbaren Energien den Weg zu ebnen.

Diejenigen, die gleichzeitig aus Kernkraft und Kohle aussteigen wollen, riskieren den Erfolg der Energiewende.

Und sie setzen unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität aufs Spiel.

Es sind unsere Branchen, die mit Innovationen einen Erfolg der Energiewende überhaupt erst möglich machen.

Von neuen Speichertechnologien wie power to gas über energieeffiziente Gebäude bis zur nachhaltigen Mobilität könnte ich eine Fülle von Beispielen nennen.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie die Energiewende als eine wirtschaftspolitische Aufgabe begreift, die auch umweltpolitische Zielsetzungen verfolgt.

Deshalb fordern wir ein eigenständiges **Energieministerium**, das mehr tut, als Kilowatt-Stunden aus regenerativer Energie zu zählen.

Deshalb sollten in einem künftigen Energieministerium die wesentlichen Kompetenzen aus dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium gebündelt sein.

Von den Zuständigkeiten für die Bundesnetzagentur bis zur energetischen Gebäudesanierung.

Es sieht so aus, als wollten Union und SPD nun in ernsthafte Koalitionsverhandlungen einsteigen.

Wir werden dazu heute ja noch aus erster Hand durch die Kanzlerin informiert.

Auf jeden Fall warten auf die neue Koalition **große Aufgaben**

- Aufräumen auf dem Arbeitsmarktes,
- Energiewende und Investitionsoffensive in Deutschland und Europa,
- die Festigung der Strukturen und Grundlagen Sozialer Marktwirtschaft.

Die Fülle der notwendigen Weichenstellungen, die unser Land zukunftsfähig machen sollen, erfordert eine starke und stabile Regierung.

- Eine Regierung, die das Gesundheitswesen und die Krankenversicherung demographiefest macht, indem sie das Solidarprinzip stärkt.

- Eine Regierung, die auch die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert und diesen Zweig der Sozialversicherung langfristig stabilisiert.
- Eine Regierung, die den Rechtsextremismus bekämpft und die geeignete Wege findet, das Engagement und die Organisationen der Demokraten gegen Rechts dauerhaft zu fördern.

Die **IG BCE**, das ist bekannt, hat Zugang und Gesprächskontakte zu allen Parteien.

Programmatisch sind die **Schnittmengen mit der SPD** groß, und auch bei **der Union** finden wir viele inhaltliche Ansatzpunkte. Daraus haben wir nie ein Geheimnis gemacht.

Die IG BCE erwartet, dass Union und SPD nun erkennbar mit Einigungswillen in die Koalitionsverhandlungen gehen.

Unser Appell richtet sich ausdrücklich an beiden Seiten, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Wie wir am Ende zu der neuen Regierung stehen, wenn sie denn zustande kommen sollte, entscheidet sich an zwei Punkten:

Gelingt es, den **Modernisierungs- und Investitionsstau** aufzulösen?

Gibt es ernsthafte Ansätze zur **strukturellen Erneuerung** der unserer sozialen Ordnung?

Die IG BCE ist bereit, ihre Kompetenz in die Regierungspolitik einzubringen.

Die IG BCE ist bereit, an einem **Bündnis für Gute Arbeit** mitzuwirken.

Dieses neue Bündnis aus Regierung, Gewerkschaft und Arbeitgebern könnte die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte bündeln und einen neuen Konsens begründen.

Das alles mit einem klaren Ziel:

1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen.
2. Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen.

Wir sind bereit, in einem solchen Bündnis verbindliche Absprachen zu treffen:

- Über Investitionen in Bildung und Ausbildung.
- Über Investitionen in Gute Arbeit.
- Über Investitionen in ein sicheres Alter.

Wir wollen mit der Politik und den Sozialpartnern über die Zukunft der Tarifautonomie und die Mitgestaltung durch Betriebsräte sprechen.

Das kostet kein Geld, da für Fortschritt zu sorgen. Aber man muss den Willen dazu aufbringen.

Vor gut zehn Jahren galt es, die Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, neue Chancen für Beschäftigung und neue Wege in die Arbeit zu schaffen.

Das damalige Bündnis für Arbeit war nicht sonderlich erfolgreich.

Jetzt sind die Zeiten und die Aufgaben andere.

Jetzt geht es um Qualität in der Arbeit und um zukunftsträchtige Strukturen für ein innovatives Deutschland, jetzt geht es um Investitionen in die Stärken unseres Landes.

Ein Bündnis für Gute Arbeit könnte helfen.

Wir waren, sind und bleiben ein kritisch-konstruktiver Partner einer Politik, die Lösungen sucht für die großen Themen der Zeit.

Unsere große Stärke ist, dass wir in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen verankert sind.

Das ist unser Alleinstellungsmerkmal, das ist unser Vorteil in der Wahrnehmung von Interessen, das macht uns zu einem geschätzten Partner der Parteien wie der Unternehmen und der Wirtschaftsverbände.

Wir werden gebraucht – auch weil in der Politik viel zu wenige noch verstehen und nachvollziehen, wie Wirtschaft geht.

Weil in den Chefetagen der Wirtschaft die Kenntnis politischer Prozesse und Notwendigkeiten kaum entwickelt ist.

Unser Vorschlag ist, die Zusammenarbeit mit Regierung und Arbeitgebern thematisch zu konzentrieren und die Gespräche verbindlicher als bislang zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Opposition steht in diesen Tagen, wo es um Regierungsbildung geht, nicht so sehr im Fokus.

Trotzdem will ich kurz auf Grüne und Linke eingehen, auch sie haben in unserer Demokratie eine wesentliche Verantwortung, gerade wenn sich die Regierung auf eine sehr große Mehrheit stützen kann.

- Wir bleiben im Dialog mit den **Grünen**.

Wir suchen das Gespräch, weil wir darin eine Chance sehen, unsere Vorstellungen von Nachhaltigkeit in die grüne Programmatik einzubringen und grüne Politik thematisch entsprechend zu erweitern.

- Die **Linke** wird umso früher koalitionsfähig, je eher sie sich um ökonomische Kompetenz in der Sozialen Marktwirtschaft bemüht.

Das vordergründige Gerechtigkeitspostulat und eine Orientierung am Prinzip Wunsch-Dir-was sind nicht ausreichend, um tatsächlich Verantwortung für die größte Wirtschaftsnation Europas zu übernehmen.

Auch darüber sind wir bereit zu sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere IG BCE ist **erfolgreich**, weil sie sich auf das ehrenamtliche **Engagement** vieler tausend Kolleginnen und Kollegen stützen kann

- in Ortsgruppen,
- als Vertrauensleute,
- in den Betriebsräten,
- in unseren Bezirks- und Landesbezirksvorständen,
- in den Industrie- und Personengruppen.

Was da tagtäglich geleistet wird, ist phantastisch und immer wieder neu ermutigend.

Wenn sich so viele Menschen

- für eine faire Arbeitswelt,
- für gerechte Bezahlung und humane Arbeitsbedingungen,
- für Respekt und Anerkennung der Beschäftigten,
- für unsere Interessen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einsetzen,

dann wird eines ganz klar:

Solidarität ist die Quelle unserer Kraft und sie sprudelt so lebendig, wie man sich das nur wünschen kann.

- Unsere IG BCE ist stark und gestaltungsfähig.
- Wir werden getragen von Zustimmung und Identifikation.
- Unsere Werte werden geteilt: Solidarität und Gerechtigkeit, Teilhabe und Mitbestimmung, Toleranz und Respekt.

Weil wir uns unserer Kraft bewusst sind, bringen wir auch die Stärke auf, uns neu zu orientieren, wo es erforderlich ist.

- Mit dem **Zukunftsprozess 2020** haben wir uns auf den Weg gemacht, dauerhaft unsere Handlungskraft und unsere Gestaltungsfähigkeit zu sichern.
- Auf diesem Weg sind wir schon ein gutes Stück voran gekommen, aber wir sind **noch nicht am Ziel**. Deshalb werden wir diesen Weg in aller Entschiedenheit fortsetzen.

Das bedeutet insbesondere:

- Wir werden unsere Netzwerke in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ausbauen.

- Wir werden hart arbeiten, um auf europäischer Ebene an Gestaltungs- und Durchsetzungskraft zu gewinnen.
- Wir werden hier in unserem Land Betriebe erschließen, die noch ohne Betriebsrat und Tarifvertrag sind.
- Wir werden die guten Erfahrungen, die wir mit dem Investitionsfonds gemacht haben, fortsetzen.

Wir werden auch über 2014 hinaus nennenswerte Beträge bereitstellen, mit denen wir auch in unsere eigene Zukunft investieren.

Unsere IG BCE ist das Schnellboot unter den gewerkschaftlichen Tankern.

Wir haben sicherlich weniger Leute an Deck, aber eine Mannschaft, die mit höchster Kompetenz und Professionalität selbst die schwierigsten Manöver in stürmischer See gut meistert.

Und außerdem sind unsere Leute immer nah dran an den Passagieren.

Das ist ein Profil, das uns unterscheidet von anderen.

Wir haben als IG BCE eine sehr selbständige Identität entwickelt.

Wir sind die IG BCE und wir sind stolz auf unsere hervorragende Gewerkschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns gemeinsam unsere IG BCE noch stärker machen.

Wir wollen mehr Mitglieder gewinnen und unseren Organisationsgrad steigern, wir wollen wachsen.

Aus den bisherigen Ergebnissen von Zukunftsgewerkschaft 2020 wissen wir:

Das geht, das schaffen wir.

Wir sind das Schnellboot, aber wir wollen mit der gesamten Flotte zum Erfolg.

Deshalb streiten wir für unsere Ziele und unseren Weg **gemeinsam im DGB**. Auf dem Kongress im Mai werden wir uns in diesem Sinne einbringen.

Konstruktiv und im Geist der Solidarität.

Auf uns war Verlass im DGB, das wird so bleiben.

Wir werden Reiner Hoffmanns Konzeption einer zukunftssträchtigen Gewerkschaftspolitik unterstützen.

Weil wir wissen:

Gemeinsam müssen wir nach vorne kommen, damit wir weiterhin die gewerkschaftliche Gestaltungskraft für eine fortschrittliche Entwicklung unseres Landes einbringen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Danke Euch allen für den großartigen Einsatz, mit dem Ihr unsere gewerkschaftliche Sache mit Leben erfüllt.

Seid stolz auf das, was Ihr tagtäglich leistet. Das verdient Respekt.

- Unsere Betriebsräte,
- unsere Vertrauensleute und Ortsgruppen,
- unsere Frauen,
- unsere Jugend und
- unsere Senioren,
- unsere Bezirke und Landesbezirke,
- unsere Industrie- und Zielgruppen,
- unser Hauptvorstand und
- unser Beirat,
- unsere unglaublich vielen engagierten Mitglieder

Sie alle bauen mit Herzblut an der Zukunft unserer IG BCE und unseres Landes.

Wir kommen voran.

Das ist Euer Verdienst, Euer Erfolg und Euer Kongress.

Und ich bin stolz, Vorsitzender dieser IG BCE sein zu dürfen.

Glück auf!